



RWB PrivateCapital Emissionshaus AG

Oberhaching

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2020

Lagebericht

1. Grundlagen der Gesellschaft

Die RWB PrivateCapital Emissionshaus AG, Oberhaching (nachfolgend Gesellschaft), fungiert als Kapitalverwaltungsgesellschaft für geschlossene Publikums-AIF der MPE Unternehmensgruppe. Sie initiiert und verwaltet entsprechende Beteiligungsangebote, für die Eigenkapital von Privatanlegern eingeworben wird, welches gemäß der jeweiligen Anlagegrundsätze in Private Equity Zielfonds investiert wird. Die Gesellschaft erhält einmalige Vergütungen beim Einwerben des Kapitals, laufende Vergütungen für seine Verwaltung und ggf. erfolgsabhängige Vergütungen, wenn die Investitionen auf Anlegerebene vorab definierte Renditeschwellen überschritten haben. Vor diesem Hintergrund ist die Gesellschaft in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung von der Gesamtsituation der internationalen Private Equity Branche sowie dem Platzierungserfolg beeinflusst.

2. Wirtschaftsbericht

Die Gesellschaft wird über finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren gesteuert.

Auf die maßgeblichen finanziellen Leistungsindikatoren Eigenkapitalquote, Gewinn- und Verlustrechnung (insbesondere Jahresüberschuss) und Liquidität 2. Grades wird nachfolgend eingegangen.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind insbesondere die Zufriedenheit der Anleger und die Zufriedenheit der Mitarbeiter. Beide Indikatoren können wesentliche Auswirkungen auf die Unternehmensgrundlagen haben und mittelbar auch finanzielle Auswirkungen entfalten. Eine Kennzahldefinition findet hier jedoch nicht vollumfänglich statt.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Kalenderjahr 2020 war geprägt von der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung. Das Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik Deutschland, dem wichtigsten Vertriebsmarkt für die von der Gesellschaft verwalteten Fonds, sank im Jahr 2020 um 4,8 %, womit nach über zehn Jahren die Wirtschaftsleistung erstmals wieder zurückging. Die Weltwirtschaft - relevant wegen der globalen Investitionen der verwalteten Fonds - war ebenfalls negativ betroffen und sank, gemessen am weltweiten Bruttoinlandsprodukt, in diesem Zeitraum um 3,5 %.

Im Geschäftsjahr 2020 wurde der seit 2014 begonnene Aufwärtstrend für den Gesamtmarkt der geschlossenen Fonds und Vermögensanlagen gestoppt. Das prospektierte Eigenkapitalvolumen geschlossener Publikums-AIF lag 2020 bei 839 Mio. Euro und somit nach zwei Jahren erstmals wieder unter der Milliardenschwelle. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus bewussten Verzögerungen gegenüber dem ursprünglich geplanten Vertriebsstart von AIF als Reaktion auf eine durch die anhaltende Corona-Pandemie geringere Nachfrage nach langfristigen Investmentprodukten sowie dem ausbleibenden Neuangebot großvolumiger Fonds. Letzteres bestätigt sich bei Betrachtung des gesunkenen Angebotsvolumens bei gleichzeitig gestiegener Anzahl an Publikums-AIF (32. Vj. 24), die durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zum Vertrieb zugelassen wurden. Gemäß den Erhebungen sind weiterhin die Immobilienanlagen dominant, gefolgt von der Anlageklasse Private Equity. Da andere im Bereich „Private Equity Dachfonds für Privatanleger“ tätige Kapitalverwaltungsgesellschaften zuweilen auch Fonds anderer Assetklassen anbieten, ist die Wettbewerbsposition der Berichtsgesellschaft in ihrem Markt aus diesen und anderen bisher einsehbaren Zahlen allein nicht klar ableitbar.

Trotz der mit der Corona-Pandemie verbundenen Herausforderungen für die Gesellschaft und den Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, konnte das Platzierungsvolumen der von der Gesellschaft verwalteten AIF gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert werden. Diese erfreuliche Entwicklung führt die Geschäftsleitung auf die folgenden wesentlichen Faktoren zurück. Private Equity ist - wie auch bereits in früheren Krisen - während der andauernden Corona-Pandemie als lukrative Anlageklasse vermehrt in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. In zahlreichen von anerkannten Verlagen verfassten Artikeln wurde über die Gesellschaft selbst und die Möglichkeit für Privatanleger, über die von ihr verwalteten und in Platzierung befindlichen Publikums-AIF bereits mit geringen Anlagesummen in Private Equity zu investieren, berichtet. Der damit einhergehende zunehmende Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit hatte positive Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung. Auf Vertriebsseite erwies sich die der Vertriebsgesellschaft zugehörige und für deren Geschäftspartner verfügbare Beratungs- und Zeichnungsplattform „RWB Live“ rückblickend als Wettbewerbsvorteil. Die Plattform vereint persönliche Beratung mit einem volldigitalisiertem Zeichnungsprozess und stellte die Handlungsfähigkeit des Vertriebsnetzwerks insbesondere während anhaltender Kontaktverbote und Ausgangsbeschränkungen sicher. Zudem manifestierten sich die Verbesserungen durch geänderte Vertriebsstrukturen, die sich im Vertriebsserfolg widerspiegeln. Die sich aus diesem Platzierungsniveau ergebenden Fondsvolumina stehen nach Einschätzung der Geschäftsleitung für ein langfristig tragfähiges Geschäftsmodell und stabile Fondskonzeptionen.

Vermögenslage



Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet und wird wesentlich von den Anteilen an verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 7.062 (Vj. TEUR 7.057) sowie Beteiligungen in Höhe von insgesamt TEUR 923 (Vj. TEUR 912) geprägt. Daneben bestehen Forderungen an Kunden, im Wesentlichen resultierend aus Lieferungen und Leistungen, in Höhe von insgesamt TEUR 11.017 (Vj. TEUR 9.876). Der Liquiditätsbestand betrug zum Bilanzstichtag TEUR 9.404 (Vj. TEUR 4.841). Die Verbindlichkeiten betragen zum Bilanzstichtag insgesamt TEUR 9.016 (Vj. TEUR 8.009), davon TEUR 5.801 (Vj. TEUR 3.955) Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen. In Höhe von TEUR 6.397 (Vj. TEUR 5.282) haben die Verbindlichkeiten eine Fälligkeit von unter einem Jahr. Den Verbindlichkeiten steht ein Eigenkapital einschließlich des Bilanzgewinns in Höhe von TEUR 20.186 (Vj. TEUR 15.266) gegenüber, was zu einer bilanziellen Eigenkapitalquote von 67,8 % (Vj. 63,6 %) führt. Der Anstieg der Eigenkapitalquote resultiert im Wesentlichen aus einem gestiegenen Bilanzgewinn, der sich aus einem gegenüber dem Vorjahr in etwa konstant gebliebenen Jahresüberschuss und dem Gewinnvortrag zusammensetzt. Die letztjährige Erwartung der Geschäftsleitung einer in etwa konstanten Eigenkapitalquote wurde erfüllt.

Ertragslage

Aus ihrer operativen Geschäftstätigkeit hat die Gesellschaft derzeit zwei wesentliche Ertragsquellen. Dies sind platzierungsunabhängige Erlöse aus laufenden Gebühren für die Verwaltung der Fonds (Portfoliomanagement, Risikomanagement, etc.) sowie platzierungsabhängige Erlöse aus einmaligen Gebühren (Ausgabeaufschlag und Initialkosten). Die erstgenannten Erlöse hängen grundsätzlich von dem verwalteten Vermögen einer Periode ab, wobei je nach Fondsgeneration unterschiedliche Berechnungsbasen zur Anwendung kommen. So leitet sich die laufende Vergütung der KVG für die neu nach dem KAGB aufgelegten Publikums-AIF jeweils als ein bestimmter Prozentsatz des durchschnittlichen Nettoinventarwerts eines Jahres im Sinne einer jährlichen Gesamtgebühr pro AIF ab, während für ältere Fonds nettoinventarwertunabhängige Berechnungsbasen zur Anwendung kommen und die laufenden Vergütungen gemäß den bestehenden Geschäftsbesorgungsverträgen mit den jeweiligen Fondsgesellschaften getrennt nach den erbrachten Leistungsbestandteilen, d. h. für die Gesellschafterverwaltung sowie das Portfolio- und das Risikomanagement, berechnet werden. Die platzierungsabhängigen Erlöse hängen hingegen grundsätzlich von den Anlagesummen einer Periode ab. Hierbei wird jeweils ein bestimmter Prozentsatz der Anlagesumme als einmalige Vergütung vereinnahmt, wobei wiederum je nach Fondsgeneration entweder eine Gesamtgebühr oder separat berechnete Einzelgebühren zugrunde gelegt werden und Unterschiede bezüglich der zeitlichen Vereinnahmung der Gebühren bestehen. Eine Ausnahme hiervon bilden die AIF der Direct Return Reihe, bei denen von der KVG einmalige Gebühren lediglich in Höhe des Agios erhoben und vollständig an die Vertriebsgesellschaft RWB Partners GmbH, Oberhaching, weitergegeben werden.

Die Provisionserträge der Gesellschaft betragen im Berichtszeitraum insgesamt TEUR 25.298 (Vj. TEUR 22.859). Deren Anstieg ist vornehmlich auf die Steigerung der platzierungsabhängigen Erlöse aus einmaligen Gebühren (TEUR 4.623; Vj. TEUR 3.164) zurückzuführen. Platzierungsunabhängige Erlöse aus laufenden Gebühren für die Verwaltung der Fonds wurden in Höhe von TEUR 20.675 (Vj. TEUR 19.695) eingenommen. Aus Fonds, die voll unter den Anwendungsbereich des KAGB fallen, wurden hierbei laufende Gebühren in Höhe von TEUR 2.356 (Vj. TEUR 1.889) vereinnahmt. Die entsprechenden Erlöse aus älteren Fonds beliefen sich auf TEUR 18.319 (Vj. TEUR 17.806).

Diesen Erträgen standen Provisionsaufwendungen in Höhe von insgesamt TEUR 12.928 (Vj. TEUR 11.112) gegenüber. Hierbei entstand ein platzierungsabhängiger Aufwand in Höhe von TEUR 3.574 (Vj. TEUR 2.380), resultierend maßgeblich aus dem im Berichtszeitraum durchgängig erfolgten Vertrieb des Fonds RWB Global Market Fund VII GmbH & Co. geschlossene Investment-KG, Oberhaching, sowie des ab Mai 2020 vertriebenen Fonds RWB Direct Return III GmbH & Co. geschlossene Investment-KG, Oberhaching. Im Zusammenhang mit dem Portfoliomanagement entstand anteiliger Aufwand in Höhe von TEUR 6.619 (Vj. TEUR 5.865).

Weitere wesentliche Aufwandsposten waren der Personalaufwand (TEUR 3.944, Vj. TEUR 3.776) und die anderen Verwaltungsaufwendungen in Höhe von TEUR 2.769 (Vj. TEUR 2.541).

Die Gesellschaft konnte das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von TEUR 4.920 (Vj. TEUR 5.202) abschließen. Damit wurde die letztjährige Erwartung der Geschäftsleitung eines leicht unter Vorjahresniveau befindlichen Ergebnisses erfüllt.

Finanzlage

Die Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen gegenüber verbundenen Unternehmen. Den kurzfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 6.387 (Vj. TEUR 5.279) stehen Forderungen an Kreditinstitute und kurzfristige Forderungen an Kunden in einer Gesamthöhe von TEUR 20.421 (Vj. TEUR 14.715) gegenüber. Die Liquidität 2. Grades liegt mit 320 % (Vj. 279 %) in einem für die Gesellschaft zufriedenstellenden Bereich. Die Geschäftsleitung hatte die Liquidität 2. Grades in etwa auf Vorjahresniveau erwartet, allerdings traten Auszahlungen für geplante Projekte durch die andauernde Corona-Pandemie und damit verbundene Verzögerungen in geringerem Umfang ein. Die Gesellschaft ist somit weiterhin stabil finanziert.

Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr stets sichergestellt. Die gemäß § 25 Abs. 1 bis 4 und 6 KAGB vorzuhaltenden Eigenmittel wurden durchgehend in liquiden Anlagen bereitgehalten (§ 25 Abs. 7 KAGB). Die Liquiditätsplanung der Gesellschaft hat sich aus Sicht der Geschäftsleitung daher bewährt und soll beibehalten werden.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Sowohl Anzahl als auch Streitwert der Rechtsstreitigkeiten der Gesellschaft waren gegenüber den Vorjahren rückläufig. Auch die sich aus im Geschäftsjahr eingegangenen Beschwerden im Verhältnis zur Anlegeranzahl ergebende Beschwerdequote befindet sich mit einem Wert von unter einem Prozent auf erfreulich niedrigem Niveau. Die Zustimmungsqoten auf den jährlichen Gesellschafterversammlungen lassen im Durchschnitt weiterhin auf eine grundlegende Zufriedenheit der Anleger mit den Leistungen und Fondsprodukten der Gesellschaft schließen.

Die gegenüber dem Vorjahr gestiegene durchschnittliche Betriebszugehörigkeit spricht für eine grundsätzliche Zufriedenheit der Mitarbeiter, was ebenfalls für eine gesunde Basis für den weiteren wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens spricht.

Personalentwicklung

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum neben den Vorstandsmitgliedern Horst Güdel, Norman Lenke und Daniel Bertele durchschnittlich 46 Arbeitnehmer (im Vj. 39) beschäftigt. Der Personalaufwand beträgt TEUR 3.944 (Vj. TEUR 3.776).

Vergütungssystem

Entsprechend den Darstellungen in ihrem Geschäftsplan hat die Gesellschaft mit ihren Mitarbeitern ausschließlich Fixvergütungen vereinbart. Ein variabler Bestandteil ist nicht fest zugesagt. Vielmehr wird jedes Jahr neu über die Zahlung eines Weihnachtsgeldes und über dessen Höhe entschieden. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass sich Mitarbeiter nicht aufgrund eines persönlichen finanziellen Anreizes zu zweckwidrigen Handlungen verleiten lassen.

3. Risiko-, Chancen- und Prognosebericht



Risikobericht

Die KVG trägt der Bedeutung des Risikomanagements sowohl auf eigener Ebene als auch auf Ebene der einzelnen AIF durch ein entsprechendes Risikomanagementsystem Rechnung. Die KVG versteht das Risikomanagement als einen permanenten Prozess, der sich stetig weiterzuentwickeln und zu optimieren hat sowie regulatorische Vorgaben und Marktstandards berücksichtigt. Größe und Bedeutung der Abteilung Risikomanagement entsprechen dem Geschäftsumfang und der Produktstruktur.

Die KVG orientiert sich bei der Durchführung des Risikomanagementsystems an den Marktstandards der Anlageklasse Private Equity. Diesbezüglich wird auch auf IT-unterstützte Risikomanagementsysteme zurückgegriffen. Ergänzt wird der eigentliche Risikomanagementprozess durch eine adäquate Risikodokumentation (einschließlich des Risikoberichtswesens) und die fortlaufende Kontrolle des Risikomanagementprozesses selbst durch die Interne Revision.

Die KVG hält eine Risikocontrolling-Funktion vor, welche alle wesentlichen risikorelevanten Vorgänge, die auf die Risikosituation der KVG und der von ihr verwalteten AIF Einfluss haben, erfasst, misst, steuert und überwacht. In den Aufgabenbereich der Risikocontrolling-Funktion fällt insbesondere die

- Umsetzung der Risikopolitik und der Vorgaben der Geschäftsleitung im Bereich des Risikomanagements,
- Sicherstellung geeigneter Prozesse zur Identifikation, Messung, Überwachung und Kontrolle der Risiken,
- Überwachung der Handhabung des Risikomanagementsystems durch Erlass weiterführender Weisungen und die
- Berichterstattung zu Händen des Vorstands und des Aufsichtsrats.

Zentral für die Erkennung, Erfassung und Behandlung von Risiken ist die Einordnung der definierten Risiken in sogenannte Risikoklassen. Die Verknüpfung der beiden zentralen Komponenten Eintrittswahrscheinlichkeit und potentielle Schadenswirkung erfolgt in einer Risikomatrix und mündet in der Zuordnung jedes Risikos in eine von fünf Risikoklassen. Auf Basis der Einordnung der einzelnen Risiken in die Risikoklassen (I-V) ergeben sich unterschiedliche Konsequenzen, Handlungs Vorgaben sowie Informationspflichten bei einem (potentiellen) Risikoeintritt. Die Identifikation, Bewertung und Klassifikation der Risiken wird fortlaufend, mindestens jedoch einmal jährlich im Rahmen einer Risikoinventur, durchgeführt.

Durch seine ständige Überwachung der Geschäftsentwicklung gewährleistet der Vorstand, dass er Risiken, die Einfluss auf den Bestand des Unternehmens haben können, frühzeitig erkennt. Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar. Die nachfolgende Darstellung der Risiken erfolgt - wo sinnvoll möglich - zunächst vor Risikobegrenzungsmaßnahmen und beschreibt anschließend eben diese. Die Risiken sind gegliedert nach erwarteter Signifikanz bei Risikoeintritt nach Risikobegrenzungsmaßnahmen. Für die KVG waren im Berichtszeitraum die nachfolgend beschriebenen Risiken wesentlich:

Operationelle Risiken

Die KVG hat sich zum Ziel gesetzt, operationelle Risiken in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen (z. B. Risiko systematischer Fehler, Schlüsselpersonenrisiko, Risiko mangelnder Datenqualität) so weit wie möglich zu reduzieren, indem sie für alle relevanten Arbeitsaufgaben geeignete Prozesse definiert und etabliert hat. Die Verwirklichung eines operationellen Risikos würde typischerweise die Arbeitsleistung der KVG beeinträchtigen, etwa durch Kompetenzverlust im Falle des Schlüsselpersonenrisikos oder durch Mehrarbeit für die Behebung systematischer Fehler und Korrektur ihrer Folgen. Für die KVG existiert ein umfassendes Organisationshandbuch. Neben Arbeitsanweisungen zu den Kernaufgaben der Abteilungen sind Vorsorgestrategien (Präventionsmaßnahmen) zur Vermeidung des Eintritts der jeweils identifizierten Risiken Inhalt dieser Dokumentation. Ebenso werden geeignete vordefinierte Eskalationsmaßnahmen beschrieben, welche im Falle eines dennoch erfolgten Risikoeintritts anzuwenden sind.

Geschäftsrisiken

Nicht antizipierte Produktrends bzw. Marktentwicklungen können dazu führen, dass mangels Marktakzeptanz für geschlossene Fonds und/oder die Anlageklasse Private Equity die von der KVG aufgelegten Produkte am Markt auf keine oder zu geringe Nachfrage treffen und der nachhaltige Geschäftserfolg des Unternehmens gefährdet werden kann. Der Vorstand konzipiert im Rahmen des Unternehmensgegenstands, der Unternehmensstrategie und des Erlaubnisumfangs Fonds, die den Markterwartungen entsprechen sollen. Die Gesellschaft ist wirtschaftlich nicht von Schwankungen des Neugeschäfts über Perioden von wenigen Jahren abhängig, da die wirtschaftliche Grundlage in Form der Verwaltungsvergütungen bei den als geschlossenen Fonds konzipierten Produkten über Jahre hinweg stabil und nachhaltig ist.

Sonstige Risiken

Die Grundlage wirtschaftlichen Erfolges für die KVG ist der Erhalt der positiven Reputation des Unternehmens und des hiervon abhängigen Vertrauens der Anleger in ihre Produkte sowie in ihre Mitarbeiter. Reputationsverluste bergen daher das Potential zu Nachteilen zu führen bzw. Schäden zu verursachen. Beispielsweise können für die KVG aus Berichten über unseriöse Wettbewerber oder Vertriebsmitarbeiter Risiken wie Klagen oder rückläufiges Neugeschäft erwachsen. Die KVG versucht, den Reputationsrisiken fortlaufend durch Transparenz, geeignete Marketingmaßnahmen und Mitarbeiter-Verhaltenskodizes zu begegnen.

Rechtliche Risiken können für die KVG aufgrund von Rechtsänderungen ebenso entstehen wie durch neue administrative Handhabung und neue Erkenntnisse. In jedem Fall können rechtliche Risiken Auswirkungen auf das Geschäftsmodell der KVG entfalten.

Nicht eintretende Lockerungen bzw. die erneute Verschärfung von Maßnahmen wegen weiterhin hoher allgemeiner Inzidenzwerte oder der Unwirksamkeit von Impfstoffen gegen das Corona-Virus bergen das Risiko eines Produktivitätsrückgangs durch zunehmende Kommunikations- und Abstimmungsschwierigkeiten. Im Rahmen der andauernden Corona-Pandemie haben sich zunächst vorübergehend an die Arbeitsbedingungen angeglichene geplante prozessuale Abläufe etabliert, Teilaufgaben konnten digitalisiert und die Produktivität mindestens aufrechterhalten werden.

Finanzielle Risiken



Aus geschäftlichen Verbindungen mit externen Parteien, insbesondere Dienstleistern, können Gegenparteirisiken im Sinne des Ausbleibens von Zahlungen oder der Unwiederbringlichkeit von Vorleistungen bei gleichzeitiger Nichtleistung der Gegenpartei entstehen. Weiterhin können der KVG durch Schlechtleistung von Dienstleistern Risiken erwachsen. Die Gesellschaft reduziert die Risiken durch einen vergleichsweise geringen Umfang konzernfremder Dienstleistungen, durch vorsichtige Auswahl dieser wenigen konzernfremden Dienstleister und indem sie sicherstellt, dass die Entscheidungshoheit bei ihr verbleibt und beispielsweise Auslagerungsverträge jederzeit kündbar sind.

Durch nicht eintretende Lockerungen bzw. die erneute Verschärfung von Maßnahmen (z. B. Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen) wegen weiterhin hoher Inzidenzwerte oder der Unwirksamkeit von Impfstoffen gegen das Corona-Virus können Risiken im Sinne des Ausbleibens bzw. der zeitlichen Verzögerung von Einnahmen bzw. Erträgen aus der Neuplatzierung entstehen. Begründet in den über Jahre hinweg stabilen und nachhaltigen Verwaltungsvergütungen aus den als geschlossene Fonds konzipierten Produkten, führen Schwankungen der Neuplatzierung bei einer Dauer von wenigen Jahren zu keiner akuten Beeinträchtigung der finanziellen Lage der Gesellschaft.

Die Gesellschaft hat ihre Vermögensbasis im Wesentlichen durch Innenfinanzierung (Einbehalt von Gewinnen) geschaffen und ist entsprechend der Planung der Geschäftsleitung bis auf weiteres nicht auf Außenfinanzierung angewiesen. Das Finanzierungs- und Refinanzierungsrisiko sind dadurch weitgehend reduziert. Die Vorgaben gemäß § 25 KAGB bzgl. Art und Höhe der gesetzlich vorzuhaltenden Eigenmittel wurden im gesamten Berichtszeitraum erfüllt.

Risikosituation im Geschäftsjahr

Vor dem Hintergrund aller genannten Einzelaspekte sieht die Geschäftsleitung keinen Anlass zur Annahme, dass der Fortbestand der Gesellschaft durch Eintritt wesentlicher Risiken gefährdet wäre. Die Gesellschaft hat sich entschieden, neben den gemäß § 25 Abs. 1 bis 4 KAGB vorzuhaltenden Eigenmittel für die potenziellen Berufshaftungsrisiken zusätzliche Eigenmittel vorzuhalten (§ 25 Abs. 6 KAGB). Die Berechnung der Eigenmittel erfolgte entsprechend der gesetzlichen Vorgaben und der internen Richtlinie. Diese wurden gemäß den Vorgaben durchgehend in liquiden Anlagen bereitgehalten (§ 25 Abs. 7 KAGB).

Notwendige Eigenmittel (in TEUR)	2.066
Vorhandene Eigenmittel (in TEUR)	2.308
Überdeckung (in TEUR)	242

Chancenbericht

Die Gesellschaft hat durch die laufenden Verwaltungsgebühren und die weitgehende Unabhängigkeit von der Neuplatzierung eines einzelnen Jahres eine stabile geschäftliche Basis. Diese Basis kann sich durch neu eingeworbenes Kapital und die Erfüllung von Ratenzahlungspflichten, die Anleger in den vergangenen Jahren eingegangen sind, ebenso erhöhen wie durch Wertsteigerungen, die die jeweiligen Berechnungsgrundlagen anheben. Hinzu kommt die Möglichkeit erfolgsabhängiger Vergütungen, wenn auf Anlegerebene vorab definierte Anlageerfolge eintreten. Der künftige Platzierungserfolg sowie die Vereinnahmung von erfolgsabhängigen Vergütungen, die von dem Erzielen von Mindestanlageerfolgen und damit Wertsteigerungen abhängen, lassen sich jedoch nicht sicher prognostizieren (Einfluss exogener Ereignisse etc.).

Bereits in vorangegangenen Krisen, wie beispielsweise den Finanzkrisen in 2001 und 2008, hat die Anlageklasse Private Equity mit die besten Renditen erzielt und auch im Rahmen der Coronakrise ergeben sich erneut große Chancen. In Zeiten exogener Schocks schützen, im Gegensatz zu Anlagen in börsennotierten Unternehmen an den Aktienmärkten, insbesondere der langfristige Anlagehorizont, die langfristige Kapitalbindung und die geringe Fungibilität von Private Equity Investitionen vor größeren Verwerfungen. Die angestrebten Lockerungen bzw. die teilweise Rückkehr zur Normalität, begründet in der Entwicklung und Wirksamkeit von Impfstoffen und dem zunehmenden prozentualen Anteil geimpfter Personen gemessen an der Bevölkerung, könnten zur weiteren Erholung der Gesamtwirtschaft und ceteris paribus der allgemeinen Unternehmenssituation beitragen. Hieraus entsteht die Chance auf Wertaufholungen bzw. -steigerungen, die sich mittelbar positiv auf die Entwicklung der Portfolien der AIF auswirkt. Zudem könnten in stark von der Corona-Pandemie betroffenen Branchen tätige Unternehmen weiterhin einen erhöhten Finanzierungsbedarf aufweisen. Hieraus entsteht die Chance auf günstige Einstandspreise und Zugang zu neuen Unternehmensakquisitionen, verbunden mit einem hohen Renditepotential.

Durch die weiterhin andauernde Corona-Pandemie besteht die Möglichkeit der weiteren Etablierung und höheren Marktdurchdringung der der Vertriebsgesellschaft zugehörigen und seit Juni 2019 verfügbaren Beratungs- und Zeichnungsplattform „rWB Live“. Dies kann zur Zielerreichung geplanter Volumina im Rahmen der Neuplatzierung der von der Gesellschaft verwalteten Fonds und damit einhergehenden Provisionserträgen beitragen und sich weiterhin als Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Anbietern von Finanzanlagen erweisen.

Prognosebericht

Die Gesellschaft erwartet für das laufende Geschäftsjahr einen leichten Anstieg des Gesamtmarktes im Bereich der Sachwertanlagen, im Wesentlichen begründet in dem weiter andauernden Niedrigzinsumfeld sowie der sich abzeichnenden Aufhebung von Einschränkungen im Rahmen der Corona-Pandemie und der ceteris paribus teilweisen Rückkehr zur Normalität. Auf mittlere Frist erwartet die Gesellschaft eine positive Entwicklung, nachdem die Anlageklasse Private Equity im Rahmen der Corona-Pandemie zunehmend in den Fokus öffentlicher Medien gerückt ist sowie unterstützend durch die aktuell beobachtbare hohe Volatilität an den Aktienmärkten und der potentiellen Hinwendung der Anleger zu weniger volatilen Investitionsmöglichkeiten.

Die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft ist auch weiterhin eng an die Akzeptanz des Anlagevehikels „geschlossener Publikums-AIF“, der Anlageklasse Private Equity und der Unternehmensgruppe selbst gebunden. Der Vorstand erwartet eine Steigerung dieser Akzeptanz, nachdem die Wahrnehmung der Anlageklasse Private Equity in der Gesellschaft durch die intensive Berichterstattung während der Corona-Pandemie zunehmen sollte sowie die weiterhin auch auf politischer Ebene diskutierten Schwierigkeiten im Immobiliensektor. Dies gilt erst recht, nachdem sich Anbieter von Immobilien-AIF in der gegenwärtigen Marktlage bei der Erzielung wettbewerbsfähiger Renditen hohen Hürden wie Mietpreisbegrenzungen und Mietzinsstundungen gegenüber sehen. Ebenso sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die von Immobilienfonds teils beliebten Investitionsschwerpunkte, wie beispielsweise Hotellerie- oder Büroimmobilien, noch nicht absehbar.

Im laufenden Geschäftsjahr wird die Neuemission der achten Generation der Global Market Fonds unter neuem Namen angestrebt. Das in den Vorjahren jeweils erreichte und erneut angestrebte Wachstum der jährlichen Neuplatzierungsleistung wird im Jahr 2021 durch die mit der Schließung der beiden im Berichtsjahr in Platzierung befindlichen AIF einhergehenden typischen Effekte sowie die sich abzeichnenden Lockerungen im Rahmen der Corona-Pandemie gefördert. Hierbei besteht in Bezug auf Dauer und Signifikanz der induzierten positiven wirtschaftlichen Effekte durch die teilweise Rückkehr zur Normalität noch erhebliche Ungewissheit, wodurch die Prognose zur Platzierungsleistung erschwert wird. In Gesamtbetrachtung erwartet der Vorstand derzeit und auf Basis der bisherigen Erkenntnisse dennoch ein Neuplatzierungsvolumen für das Geschäftsjahr 2021 über dem Niveau des Vorjahres.



Für das Geschäftsjahr 2021 ist bei der Gesellschaft insbesondere wegen dem weitgehend stabilen Charakter der Einnahmen aus der laufenden Fondsverwaltung wieder mit einem positiven Ergebnis zu rechnen. Jedoch werden die zu vereinnahmenden Gebühren für die laufende Fondsverwaltung - abhängig vom Lebenszyklus der verwalteten Fonds - teilweise sinken. Ferner werden die im Berichtsjahr erneut verschobenen Projektkosten teilweise im laufenden Geschäftsjahr erwartet. Dem gegenüber steht die Erwartung der Geschäftsleitung, insbesondere begründet in den bereits genannten Aspekten sowie der zunehmenden Bekanntheit in der Öffentlichkeit, eines weiteren Anstiegs des Neuplatzierungsvolumens. In Gesamtwürdigung dürfte das Ergebnis für das Geschäftsjahr 2021 dennoch insgesamt deutlich unter dem des Berichtsjahres liegen. Darüber hinaus werden zum aktuellen Zeitpunkt keine weiteren wesentlichen Abweichungen für das laufende Geschäftsjahr erwartet, so dass die Werte für die Liquidität 2. Grades sowie die Eigenkapitalquote in etwa konstant bleiben dürften. Diese Einschätzung erfolgt jedoch unter dem Vorbehalt zukünftiger positiver Entwicklungen und (weiterer) Lockerungen von Maßnahmen der Staatengemeinschaft im Rahmen der Corona-Pandemie. Hieraus resultierende Wertaufholungen bzw. -steigerungen der Fondsportfolien sowie steigende Gewinnrealisierungen könnten indirekt insbesondere zu einem unerwarteten, geringeren Ergebnisrückgang durch die Erwartungen übertreffende Verwaltungsgebühren führen.

4. Verbundene Unternehmen

Der Vorstand hat nach § 312 AktG einen Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt. Die Schlussklärung lautet wie folgt:

„Die RWB PrivateCapital Emissionshaus AG hat nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse von verbundenen Unternehmen wurden im Berichtszeitraum weder getroffen noch unterlassen.“

Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum keine Zweigstellen unterhalten.

Oberhaching, den 27.05.2021

gez. Norman Lemke

gez. Daniel Bertele

gez. Armin Prokscha

Bilanz

AKTIVA

	31.12.2020	31.12.2019
A. Forderungen an Kreditinstitute	9.403.723,31	4.840.689,98
B. Forderungen an Kunden	11.017.431,48	9.875.984,58
C. Beteiligungen	922.872,05	912.300,65
D. Anteile an verbundenen Unternehmen	7.062.476,84	7.057.112,22
E. Immaterielle Anlagewerte	41.670,00	59.938,00
F. Sachanlagen	441.292,00	544.312,00
G. Sonstige Vermögensgegenstände	714.429,69	642.112,21
H. Rechnungsabgrenzungsposten	148.198,79	73.571,30
SUMME Aktiva	29.752.094,16	24.006.020,94

PASSIVA

	31.12.2020	31.12.2019
A. Sonstige Verbindlichkeiten	9.016.095,06	8.009.020,15
B. Rückstellungen		



	31.12.2020	31.12.2019
I. Steuerrückstellungen	162.751,76	410.971,17
II. Sonstige Rückstellungen	387.475,95	320.056,40
C. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	500.000,00	500.000,00
II. Gewinnrücklagen	1.850.000,00	1.850.000,00
1. Gesetzliche Rücklage	50.000,00	50.000,00
2. Andere Gewinnrücklagen	1.800.000,00	1.800.000,00
III. Bilanzgewinn	17.835.771,39	12.915.973,22
SUMME Passiva	29.752.094,16	24.006.020,94

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2020	31.12.2019
1. Laufende Erträge aus verbundenen Unternehmen	0,00	7.833,33
2. Provisionserträge	25.298.421,04	22.858.833,65
3. Provisionsaufwendungen	-12.928.206,07	-11.111.938,78
4. Nettoertrag	12.370.214,97	11.754.728,20
5. Sonstige betriebliche Erträge	408.853,80	486.951,27
6. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-6.713.472,73	-6.316.750,72
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-209.516,81	-172.350,04
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführung zur Rückstellung im Kreditgeschäft	0,00	-1.099,11
9. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	0,00	370.036,92
10. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	5.856.079,23	6.121.516,52
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-935.093,90	-918.623,44
12. Sonstige Steuern	-1.187,16	-915,00
13. Jahresüberschuss	4.919.798,17	5.201.978,08
14. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	12.915.973,22	7.713.995,14
15. Bilanzgewinn	17.835.771,39	12.915.973,22

Anhang

1. Allgemeine Angaben

Die RWB PrivateCapital Emissionshaus AG (im Folgenden RWB Emi AG) mit Sitz in Oberhaching ist eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München unter HRB 157486.

Der Jahresabschluss der RWB PrivateCapital Emissionshaus AG ist nach den Vorschriften des deutschen Handelsrechts (HGB), des Aktiengesetzes (AktG) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Pflicht zur Aufstellung des Jahresabschlusses nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften ergibt sich aus § 340a Abs. 1 HGB i. V. m. § 38 Abs. 1 S. 1 KAGB.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

2.1 Allgemeines

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der generellen Ansatz- und Bewertungsvorschriften der §§ 246 bis 256a HGB sowie der §§ 264 ff. HGB und des AktG aufgestellt. Maßgeblich für die Gliederung und den Inhalt der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung ist die Verordnung über die RechKredV.

Mit Erlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 29. Oktober 2014 ist die RWB PrivateCapital Emissionshaus AG eine externe AIF-Kapitalverwaltungsgesellschaft gemäß §§ 20, 22 Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB). Auf Grundlage dessen (vgl. § 38 Abs. 1 S. 1 KAGB) hat die RWB Emi AG zusätzlich zu den oben genannten Vorschriften ihren Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 nach den für Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute geltenden Vorschriften der §§ 340a ff. HGB sowie der RechKredV aufzustellen.

2.2 Erläuterungen zur Bilanz

Die Forderungen an Kreditinstitute sind täglich fällig und mit dem Nennwert bilanziert.

Die Forderungen an Kunden werden zum Nennwert angesetzt, nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet und haben eine Restlaufzeit von maximal einem Jahr.

	verbundene Unternehmen		Beteiligungen		Gesamt	
	31.12.2020 EUR	31.12.2019 EUR	31.12.2020 EUR	31.12.2019 EUR	31.12.2020 EUR	31.12.2019 EUR
Forderungen an Kunden (Aggregat)	3.251.895,94	3.047.501,21	7.765.535,54	6.828.483,37	11.017.431,48	9.875.984,58
täglich fällig	3.251.895,94	3.047.501,21	7.765.535,54	6.828.483,37	11.017.431,48	9.875.984,58

Die Forderungen an verbundene Unternehmen beinhalten im Wesentlichen Forderungen an die 2. RWB PrivateCapital PLUSsystem GmbH, Oberhaching, i. H. v. EUR 2.351.155,00 (Vj. EUR 2.310.088,07). Die Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, resultieren hauptsächlich aus der Abrechnung für Erträge aus Verwaltung der AIF für das letzte Quartal 2020.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu den ursprünglichen Anschaffungskosten bewertet, ggf. vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert. Sofern die Gründe der außerplanmäßigen Abschreibungen entfallen sind, erfolgt eine Wertaufholung. Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes ist im Abschnitt „Anteilsbesitzliste“ dargestellt. Bei voraussichtlich nicht dauernder Wertminderung erfolgt keine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert. Zu den genannten Bilanzposten wurden zum Stichtag per Saldo stille Reserven in Höhe von insgesamt EUR 1.341.445,76 ermittelt. Dieser setzt sich zusammen aus stillen Reserven in Höhe von insgesamt EUR 1.496.277,36 sowie stillen Lasten in Höhe von insgesamt EUR 154.831,60. Eine anteilige außerplanmäßige Abschreibung der identifizierten stillen Lasten wurde auf Grund der als nicht dauerhaft erachteten Wertminderung (J-Curve Effekt) nicht vorgenommen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände (im Wesentlichen Lizenzen und Software) und Sachanlagen werden mit den Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig linear über die erwartete Nutzungsdauer zwischen drei und dreizehn Jahren abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter (GwG) werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Zugänge bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung werden im Jahr der Anschaffung zeitanteilig abgeschrieben.

Die Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2020 ergibt sich aus der beigefügten Anlage zum Anhang (Anlagengitter).

Die sonstigen Vermögensgegenstände werden zum Nennwert angesetzt und nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet und beinhalten hauptsächlich Steuerforderungen (EUR 665.591,80; Vj. EUR 595.746,80).

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten betrifft Ausgaben vor dem Bilanzstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit danach darstellen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt und haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr (EUR 6.397.048,76; Vj. EUR 5.281.508,93) sowie von 1 - 5 Jahren (EUR 2.619.046,30; Vj. EUR 2.727.511,22).



	Verbundene Unternehmen		Beteiligungen		Übrige sonstige Verbindlichkeiten	
	31.12.2020 EUR	31.12.2019 EUR	31.12.2020 EUR	31.12.2019 EUR	31.12.2020 EUR	31.12.2019 EUR
Sonstige Verbindlichkeiten (Aggregate)	5.801.347,08	3.954.728,98	2.900.855,08	2.986.379,88	313.892,90	1.067.911,29
täglich fällig	5.801.347,08	3.954.728,98	281.808,78	258.868,66	0,00	0,00
bis drei Monate	0,00	0,00	0,00	0,00	164.900,00	862.285,38
mehr als drei Monate bis ein Jahr	0,00	0,00	0,00	0,00	148.992,90	205.625,91
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	0,00	0,00	2.619.046,30	2.727.511,22	0,00	0,00

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber der Munich Private Equity AG (vormals RWB Group AG), Oberhaching, i. H. v. EUR 1.714.961,66 (Vj. EUR 1.517.366,32) resultierend aus der anteiligen Weiterverrechnung von Erträgen aus der Verwaltung der AIF sowie für erbrachte Dienstleistungen und gegenüber der RWB Partners GmbH, Oberhaching, i. H. v. EUR 3.160.631,69 (Vj. EUR 2.426.979,14) für die Übernahme von Vertriebsleistungen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen resultieren im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten gegenüber der 2. RWB PrivateCapital GmbH & Co. KG, Oberhaching, i. H. v. EUR 2.588.681,68 (Vj. EUR 2.727.511,22), die aus dem Kauf von Geschäftsanteilen an der 2. RWB PrivateCapital PLUSsystem GmbH stammen. Darüber hinaus sind in den übrigen sonstigen Verbindlichkeiten i. H. v. EUR 304.167,56 (Vj. EUR 1.065.535,33) Steuerverbindlichkeiten i. H. v. EUR 154.798,76 (Vj. EUR 859.909,42) mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr enthalten.

Die Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um bestehende und erkennbare Risiken abzudecken. Die Rückstellungen weisen eine Laufzeit von maximal einem Jahr auf. Vom Abzinsungswahlrecht wurde kein Gebrauch gemacht. Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen die Kosten für Steuerberatungsleistungen und die Jahresabschlussprüfung (EUR 71.375,95; Vj. EUR 68.076,40) sowie Urlaubsrückstellungen (EUR 306.600,00; Vj. EUR 238.700,00).

Das Eigenkapital der RWB Emi AG beträgt zum Stichtag EUR 20.185.771,39 (Vj. EUR 15.265.973,22). Das Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von EUR 500.000,00 ist eingeteilt in 500.000 Stückaktien. Die gesetzliche Gewinnrücklage wurde nach § 150 Abs. 2 AktG in Höhe von 10 % des Grundkapitals gebildet.

2.3 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Der Provisionsüberschuss der RWB Emi AG setzt sich wie folgt zusammen:

	2020 EUR	2019 EUR
Platzierungsabhängige Erträge	4.623.312,33	3.164.075,03
Erträge aus Verwaltung	20.675.108,71	19.694.758,62
Provisionserträge gesamt	25.298.421,04	22.858.833,65
Platzierungsabhängige Aufwendungen	-3.574.366,61	-2.379.622,79
Aufwendungen aus Verwaltung	-9.353.839,46	-8.732.315,99
Provisionsaufwendungen gesamt	-12.928.206,07	-11.111.938,78
Provisionsüberschuss	12.370.214,97	11.746.894,87

In den Provisionserträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von EUR 656.565,79 (Vj. EUR 483.454,04) enthalten. Diese resultieren aus im Geschäftsjahr für Vorjahre erfolgte Schlussabrechnungen von laufenden Gebühren, deren finale Bemessungsgrundlagen zum Aufstellungsstichtag des Vorjahresabschlusses noch nicht feststanden und nachberechnet wurden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen Erträge aus der Erbringung von Dienstleistungen (Umlage) für verbundene Unternehmen und Beteiligungen (EUR 277.259,63; Vj. EUR 360.269,98).

Der Personalaufwand beträgt im Geschäftsjahr EUR 3.944.072,31 (Vj. EUR 3.776.056,20).

Die anderen Verwaltungsaufwendungen enthalten:



	2020 EUR	2019 EUR
Auslagerungsaufwand Compliance	300.000,00	300.000,00
Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	232.794,11	241.039,37
EDV-Kosten	32.824,75	212.073,54
Aufwendungen für zeitlich befristete Überlassungen	549.799,16	315.190,58
Fremdarbeiten	292.927,09	261.278,81
Porto	168.272,56	111.731,12
Raumkosten	497.248,98	457.850,93
Sonstige andere Verwaltungsaufwendungen	695.533,77	641.530,17
Andere Verwaltungsaufwendungen gesamt	2.769.400,42	2.540.694,52

Von dem Saldierungswahlrecht bei den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie der Zuführung zur Rückstellungen im Kreditgeschäft wird kein Gebrauch gemacht.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (EUR 935.093,90; Vj. EUR 918.623,44) entfallen vollständig auf das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit.

3. Sonstige Angaben

Das Honorar des Wirtschaftsprüfers besteht ausschließlich aus den Abschlussprüfungsleistungen nach § 285 Nr. 17 a) HGB i. H. v. EUR 54.500,00 (Vj. EUR 53.450,00).

Zum Bilanzstichtag bestehen folgende Haftungsverhältnisse aus nicht bilanzierten sonstigen finanziellen Verpflichtungen:

Gemäß Nachtrag zum Mietvertrag vom 21.08/17.08.2007 sind die Geschäftsräume im Keltenring 10 und 12, 82041 Oberhaching, bis zum 30.11.2022 fest angemietet. Hieraus entsteht eine jährliche Mietzinsverpflichtung in Höhe von rund EUR 293.400,00 inklusive Nebenkosten. Der Mietzins wird nach 24 Monaten gegenüber dem Stand zum Zeitpunkt des Beginns des Mietverhältnisses, jeweils zum 01.11., um die Veränderung des Verbraucherpreisindex angepasst. Der am 23.12.2014 geschlossene Mietvertrag (mit Wirkung zum 01.01.2015) zwischen der Munich Private Equity Partners GmbH (MPEP), Oberhaching, und der RA/KE Büroimmobilien AG & Co.KG, München, wurde zum 01.07.2016 mit allen Rechten und Pflichten von der MPEP auf die RWB Emi AG übertragen. Hieraus entsteht eine jährliche Mietzinsverpflichtung in Höhe von rund EUR 84.700,00 inklusive Nebenkosten. Die Räume sind bis zum 31.01.2023 fest angemietet.

Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr neben den Vorständen im Durchschnitt 46 (Vj. 39) Mitarbeiter. Von den Mitarbeitern der RWB Emi AG entfallen 40 (Vj. 33) auf Fachangestellte und 6 (Vj. 6) auf leitende Angestellte.

Im Geschäftsjahr 2020 bestand mit der Munich Private Equity AG eine umsatzsteuerliche Organshaft. Die Zahlungsverpflichtungen und Erstattungsansprüche aus Umsatz- und Vorsteuern wurden auf dem Verrechnungskonto gegenüber der Munich Private Equity AG dargestellt.

Die oberste Muttergesellschaft ist die CapitalConcept Anlagen Holding GmbH, Oberhaching.

Die Anteile der RWB Emi AG werden zu 100% von der Munich Private Equity AG, Oberhaching, gehalten.

4. Organe

Zum Vorstand der Gesellschaft sind bestimmt: Herr Horst Güdel (bis 31.12.2020), Vorstand der RWB Emi AG, Herr Dipl.-Kfm. Norman Lemke, Vorstand der RWB Emi AG, Herr Dipl.-Kfm. Daniel Bertele, Vorstand der RWB Emi AG, Herr RA Armin Prokscha (ab 01.01.2021), Vorstand der RWB Emi AG.

Die Bezüge des Vorstands beliefen sich auf EUR 1.323.480,00 (Vj. EUR 1.136.480,00).

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehörten im Berichtsjahr folgende Personen an: Herr Prof. Dr. Walter Blancke (Aufsichtsratsvorsitzender), Hochschullehrer für Betriebswirtschaftslehre, Schmalkalden, Herr Dipl.-Kfm. Jörg Weidinger (stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender), Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, München, Herr Dr. Thomas Robl, Geschäftsführer der VTC Partners GmbH, München.

Die Gesamtbezüge für den Aufsichtsrat betragen EUR 99.960,00 (Vj. EUR 99.960,00).

5. Ergebnisverwendung

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss i. H. v. EUR 4.919.798,17 sowie den Gewinnvortrag aus dem Vorjahr i. H. v. EUR 12.915.973,22 auf neue Rechnung vorzutragen.

**6. Anteilsbesitzliste**

Name der Gesellschaft	Sitz	Kapitalanteil in %	Währung	Eigenkapital zum 31.12.2019*	Jahresergebnis 2019 *
2. RWB PrivateCapital PLUSsystem GmbH	Oberhaching	100,00	EUR	216.021.171,78	377.005,55
RWB GMF II Opportunity GmbH**	Oberhaching	100,00	EUR	4.630.027,59	248,78
3. RWB PrivateCapital PLUSsystem GmbH	Oberhaching	4,12	EUR	473.147.432,21	14.539.310,87
4. RWB Global Market GmbH	Oberhaching	16,66	EUR	77.332.962,46	1.215.075,28
5. RWB Global Market GmbH	Oberhaching	3,23	EUR	37.635.652,38	1.102.552,09
6. RWB Global Market GmbH	Oberhaching	2,44	EUR	27.543.699,24	107.453,95
2. RWB PrivateCapital Zweitmarkt GmbH i. L.	Oberhaching	12,50	EUR	16.437.383,51	943.559,15
3. RWB PrivateCapital Zweitmarkt GmbH i. L.	Oberhaching	27,02	EUR	2.872.206,81	24.451,90
RWB Global Market Vintage 2008 GmbH	Oberhaching	100,00	EUR	51.523.726,62	3.875,60
RWB Global Market Vintage 2009 GmbH	Oberhaching	100,00	EUR	23.952.637,64	129,44
RWB Global Market Vintage 2010 GmbH	Oberhaching	100,00	EUR	53.019.528,32	909,34
RWB Global Market Vintage 2011/2012 GmbH	Oberhaching	100,00	EUR	242.896.982,23	4.867,45
RWB Global Market Vintage 2013/2014 GmbH	Oberhaching	100,00	EUR	88.460.924,44	6.617,14
RWB Special Situations GmbH	Oberhaching	100,00	EUR	16.840.328,59	1.501,01
1. RWB Secondary Market Beteiligungs GmbH	Oberhaching	100,00	EUR	21.940.573,38	1.550,00
2. RWB Secondary Market Beteiligungs GmbH	Oberhaching	100,00	EUR	998.192,64	8.272,68
3. RWB Secondary Market Beteiligungs GmbH	Oberhaching	100,00	EUR	21.957.177,04	-27,53
4. RWB Secondary Market Beteiligungs GmbH	Oberhaching	100,00	EUR	9.928.995,45	4.269,27
RWB Global Market Vintage 2015/2016 GmbH	Oberhaching	100,00	EUR	54.354.280,09	1.949,88
5. RWB Secondary Market Beteiligungs GmbH	Oberhaching	100,00	EUR	8.898.919,89	-100,94
RWB PrivateCapital Verwaltungs GmbH	Oberhaching	100,00	EUR	215.443,44	66.083,92
RWB CA Invest GmbH	Oberhaching	100,00	EUR	1.747.613,69	4.102,34

* Die Jahresabschlüsse der einzelnen Gesellschaften für das Jahr 2020 liegen zum Zeitpunkt der Aufstellung noch nicht vor.

** Die Anteile werden vollständig mittelbar über den Anteilsbesitz an der 2. RWB PrivateCapital PLUSsystem GmbH gehalten.

Oberhaching, den 27.05.2021

gez. Norman Lemke, Vorstand

gez. Daniel Bertele, Vorstand

gez. Armin Prokscha, Vorstand

Anlagespiegel

	Anschaffungskosten					31.12.2020 EUR
	01.01.2020 EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR		
1. Beteiligungen	912.300,65	25.000,00	25.000,00	39.428,60		922.872,05
2. Anteile an verbundenen Unternehmen	7.057.112,22	30.364,62	0,00	25.000,00		7.062.476,84
	7.969.412,87	55.364,62	25.000,00	64.428,60		7.985.348,89
3. Immaterielle Anlagewerte						
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	256.056,54	0,00	0,00	0,00		256.056,54
4. Sachanlagen						
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.694.073,11	88.228,81	0,00	0,00		1.782.301,92
	1.950.129,65	88.228,81	0,00	0,00		2.038.358,46
	9.919.542,52	143.593,43	25.000,00	64.428,60		10.023.707,35
	Abschreibungen / Zuschreibungen					
	01.01.2020 EUR	Zugänge EUR	Zuschreibungen EUR	Abgänge EUR		31.12.2020 EUR
1. Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
2. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00
3. Immaterielle Anlagewerte						
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche	196.118,54	18.268,00	0,00	0,00		214.386,54



Der Aufsichtsrat diskutierte ferner den Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns. Zur Finanzierung des angestrebten Unternehmenswachstums stimmt der Aufsichtsrat dem Vorschlag zu, so dass Vorstand und Aufsichtsrat der Hauptversammlung zu dem Geschäftsjahr 2020 vorschlagen werden, den Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Oberhaching, den 21. Juni 2021

gez. Prof. Dr. Walter Blancke, Vorsitzender des Aufsichtsrats

Niederschrift Hauptversammlung

Die Hauptversammlung der Gesellschaft hat am 08. Dezember 2021 folgende geänderte Ergebnisverwendung beschlossen:

Der Bilanzgewinn in Höhe von 17.835.771,39 Euro wird am 20. Dezember 2021 in Höhe von 1.800.000,00 Euro an die Alleingesellschafterin ausgeschüttet und im Übrigen auf neue Rechnung vorgetragen.

Feststellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss zum 31.12.2020 wurde am 21.06.2021 festgestellt.

Bestätigung- bzw. Versagungsvermerk

an die RWB PrivateCapital Emissionshaus AG, Oberhaching

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der RWB PrivateCapital Emissionshaus AG, Oberhaching, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der RWB PrivateCapital Emissionshaus AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalverwaltungsgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom

1. Januar bis zum 31. Dezember 2020 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht



Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalverwaltungsgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.



Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

München, den 31. Mai 2021

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Schobel, Wirtschaftsprüfer

gez. Ziegler, Wirtschaftsprüfer